



## ENQUETE-ENDBERICHT: ZUKUNFTSWEISENDE KLIMASTRATEGIE FÜR BREMEN

**Er hat 370 Seiten, umfasst in neun Unterkapiteln die Erkenntnisse, die aus 22 Monaten Arbeit gewonnen wurden, und wurde heute in der Bürgerschaft formell zur Kenntnis genommen: der Endbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“. „Der Enquetebericht ist ein ambitionierter Plan für den Klimaschutz“, resümierte Carsten Sieling, Obmann der SPD-Fraktion in der Enquetekommission, in seiner heutigen Rede. „Und er ist ein Pflichtenheft für uns alle, um in die gleiche Richtung zu arbeiten.“**

„Mittlerweile ist Klimaschutz ein vereinigendes Ziel“, fuhr der Sozialdemokrat fort. „Es führt uns zusammen, es braucht unser gemeinschaftliches Handeln – von der Zivilgesellschaft, den Interessengruppen, den Kammern, der Politik – und dies wurde mit dem Endbericht der Enquetekommission erreicht“.

Es sei mit einer CO<sub>2</sub>-Reduktion von 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis 2038 ein realistisches, fundiertes und politisch verständiges Ziel gefasst worden. „Im Bericht definieren wir sehr genau die unterschiedlichen Ebenen und Schritte, die nun gegangen werden müssen. Wir als Politik müssen eine Gestaltungsrolle übernehmen und die richtigen Rahmenbedingungen schaffen“, so Sieling weiter. „Unsere Aufgabe als Politik ist nun, aus dem breiten Feld der Vorschläge die Dinge und Maßnahmen zu definieren, die in eine Strategie und Umsetzung hineingehören.“

Eine notwendige Priorisierung von Maßnahmen bedeute keineswegs, dass manche Maßnahmen nicht beachtet würden, so Sieling weiter. „Diese Priorisierung ist keineswegs Rosinenpickerei, wie im Vorfeld kritisiert wurde – dieses Verständnis ist schlichtweg falsch. Vielmehr geht es hier um die Definition von Schwerpunkten.“ Wichtig sei zudem, dass die Teilhabe der Menschen nicht außer Acht gelassen werde: „Wir als SPD-Fraktion sagen, dass wir die Natur in den Blick nehmen müssen, die Maßnahmen aber von den Menschen her sehen. Und wenn wir diese Teilhabe nicht großschreiben, dann wird das gesamte Unterfangen scheitern“.

„Wir brauchen Investitionen, denn der Klimaschutz und die CO<sub>2</sub>-Neutralität erfordert einen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft“, so der Sozialdemokrat. „Und dies erfordert einen starken Staat“. Mehrere Schlüsselprojekte seien nun anzugehen, um die im Endbericht definierten Treibhausgasreduktionsziele zu bewältigen. „Als erstes brauchen wir den Kohleausstieg – und wir machen den Kohleausstieg“, so Sieling. „Dann muss die Industrie transformiert werden. Es gibt einen großen Konsens, das Stahlwerk von Koks auf Strom umstellen zu wollen – allerdings muss der Konzern diesen Weg auch weitergehen, denn dies ist keine öffentliche Entscheidung“. Weiterhin seien infrastrukturelle Hürden zu nehmen, beispielsweise bei der Genehmigung von Stromleitungen und dem Bodenschutz. „Wichtig ist auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien – wir brauchen die Solarpflicht, wir brauchen die Nutzung von Parkflächen zur Solarüberdachung. Wir müssen grüne Energie erzeugen, wo wir nur können“. Auch Bremerhaven fiele eine wichtige Rolle zu, nämlich bei der Erforschung, dem Ausbau und schlussendlich der Erzeugung von Wasserstofftechnologien.

„Einer der größten Posten in den milliardenschweren Investitionen, die Bremen zu tätigen hat, werden die Sanierungen der öffentlichen Gebäude sein“, führte Sieling weiter aus. „Allein vier von den sechs bis sieben Milliarden Euro müssen in diesen Bereich fließen. Im selben Zuge braucht es ein Landeswärmegesetz, um dies in einen vernünftigen rechtlichen Rahmen zu setzen und weg von Öl und Gas und hin zu Fern- und Nahwärme zu kommen.“



Foto: Bremische Bürgerschaft

Gerade mit Blick auf die steigenden Energiepreise ist dies ein entscheidender Schritt, um Wohnen bezahlbar zu lassen“.

Im Bereich Verkehr sei die SPD-Fraktion nicht mit allem einverstanden gewesen, was im Endbericht der Enquetekommission aufgeführt war, und habe deswegen ein Sondervotum formuliert. „Ja, die Koalition steht geschlossen hinter der autofreien Innenstadt und anderer autoarmer Bereiche. Doch unser Prinzip als SPD-Fraktion ist die Klimaschutzperspektive: Was hat die größte CO<sub>2</sub>-Minderungswirkung?“ Man dürfe nicht vernachlässigen, dass die größten Emissionen dort entstünden, wo auch die meisten PKW führen – nämlich in den Gewerbegebieten.

„Wir werden Menschen brauchen, die das alles umsetzen“, resümierte Sieling. „Klimaschutz muss attraktiv werden für das Arbeiten. Wir brauchen Fachkräfte, wir brauchen Qualifizierung und wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik“. Doch dies alles erfordere auch Geld – viel Geld. „Wir sind so weit, dass es Konsens ist, dass man die Herausforderung des Klimaschutzes nicht angehen kann, ohne die Spielräume zu erweitern“, sagte der SPD-Politiker, und zielte damit auf das Gutachten zu den finanziellen Handlungsmöglichkeiten Bremens unter Berücksichtigung der Schuldenbremse ab. Darum brauchen wir mehr Handlungsmöglichkeiten und mehr öffentliche Kredite. Denn es ist keine Versündigung an nachfolgenden Generationen, wenn man Schulden aufnimmt und Zinsen bezahlt, nein, es ist eine Versündigung, wenn man nicht handeln würde, weil man glaubt, man sei als Sparkommissar unterwegs!“

**Endbericht der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“**

[https://bit.ly/Abschlussbericht\\_KlimaEKHB](https://bit.ly/Abschlussbericht_KlimaEKHB)

## 10-MINUTEN-STADT: ONLINEWACHE SOLL ERWEITERT WERDEN



Die 10-Minuten-Stadt ist eine Stadt der kurzen Wege. „Und diese Idee kann auch in der digitalen Welt Anklang finden“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, heute in der Bürgerschaft. In diesem Sinne hat das Parlament heute einstimmig auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag beschlossen, der das Ziel hat, das Angebot der Onlinewache der Polizei deutlich zu erweitern. Die Initiative war ein weiterer Teil des 10-Minuten-Stadt-Konzeptes der SPD-Fraktion.



„Unsere Polizei – in Bremen und Bremerhaven – ist bürgernah, hoch angesehen und erfolgreich“, betonte Lenkeit. Doch gehöre auch zur Wahrheit, dass sie nicht perfekt aufgestellt sei. „Beim Thema Onlinewache haben wir sicherlich noch Luft nach oben, und ich bin der festen Überzeugung, dass wir da jetzt handeln müssen. Heute Vormittag haben wir von der Pflicht zum Klimaschutz gehört, ich glaube, wir haben ebenso eine Pflicht zur Digitalisierung.“

Die SPD-Fraktion hatte auf ihrer Klausur im vergangenen Oktober in ihr Konzept zur 10-Minuten-Stadt daher auch einen Ausbau der Onlinewache der Polizei aufgenommen. Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern die Möglichkeit, über



Kevin Lenkeit

ein Internetangebot der Polizei Anzeige zu erstatten – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Bei der Polizei Bremen ist eine Online-Anzeige bislang für Sachbeschädigung, Fahrraddiebstahl und Dokumentendiebstahl und bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven für Sachbeschädigung, Fahrraddiebstahl sowie Online-Hasskommentare möglich. Häufig zögen diese Anzeigen keine umfangreichen Ermittlungen nach sich, sondern dienten vor allem der Geltendmachung von Versicherungsansprüchen, erklärte Lenkeit.

„Eine Online-Anzeige bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt vom heimischen Sofa eine Anzeige zu erstatten“, sagte der Sozialdemokrat. „Damit kann der erste Weg zum Polizeirevier entfallen. Und, die Diskussion in den Stadt- und Ortsteilen zur Zentralisierung von Polizeirevieren im Hinterkopf, passt diese Strategie natürlich zusammen. Wir wollen mehr Polizist:innen auf den Straßen, nicht nachts auf den Revieren.“

Der heute beschlossene Antrag sieht daher vor, auf Grundlage der Erfahrungen in anderen Ländern die Möglichkeit zu schaffen, möglichst Straftaten jeglicher Art auch online zur Anzeige zu bringen. Auch sachdienliche Hinweise und Mitteilungen sollen für die Bürger:innen dort möglich sein. Natürlich, so betonte Lenkeit, komme es immer auf den konkreten Sachverhalt an,



und in einigen Fällen biete sich auch schon im ersten Schritt der Gang auf das Polizeirevier an. Der Innenpolitiker sieht in der Onlinewache aber auch das Potenzial, dass Opfer sexueller Gewalt in ihrer belastenden Situation hier ein niedrigschwelliges Angebot zur Anzeige vorfinden könnten. Lenkeit: „Ich bin überzeugt: Wenn sich nur ein Opfer mehr zu einer Anzeige entschließt, weil es online möglich war, eine Anzeige aufzugeben, dann lohnt sich die Investition, dann lohnt sich der Aufwand!“

„Wir sind der Überzeugung, dass es zu einer bürgernahen Polizei gehört, den Bürger:innen verschiedene Kommunikationswege anzubieten und es grundsätzlich ihnen zu überlassen, auf welche Weise sie mit ihrer Polizei in Kontakt treten wollen“, fasste Lenkeit abschließend zusammen. „Daher sollte die Onlinewache die Möglichkeit geben, Straftaten jeglicher Art anzeigen zu können.“

Weitere Infos zur 10-Minuten-Stadt:  
10-minuten-stadt.de

## ANFRAGE MENSCHEN OHNE KRANKENVERSICHERUNG IM LAND BREMEN

„Die Gesetzliche Krankenversicherung ist eine der wenigen Institutionen unseres Landes, die ihre tragenden Grundsätze seit dem Wilhelminischen Kaiserreich im Kern bis heute erhalten konnte. Sie ist die zentrale Säule des deutschen Gesundheitssystems und der älteste Zweig der Sozialversicherung“, so schreibt das Bundesministerium für Gesundheit. Die solidarische Gesetzliche Krankenversicherung verhindert, dass Patient:innen durch horrenden Behandlungskosten an den Rand des Ruins getrieben werden. Ergänzt wird diese Gesetzliche Krankenversicherung durch die Möglichkeit, sich privat zu versichern. Doch trotz dieses umfassenden Modells gibt es immer wieder einzelne Menschen, die durch das Sicherungsnetz fallen und nicht krankenversichert sind, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet wären. Problematisch wird dies bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Papierlosen, Selbstständigen und Soloselbstständigen sowie bei Studierenden über 25 Jahren. Mithilfe einer Großen Anfrage, deren Antwort durch den Senat während der heutigen Landtagsitzung diskutiert wurde, wollte die Koalition erheben, wie viele Nicht-Versicherte im Land Bremen leben.

„Laut der jüngsten Mikrozensus-Erhebung lebten 2019 in Deutschland rund 61.000 Menschen ohne Krankenversicherung“, berichtete Ute Reimers-Bruns, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, während ihrer Rede. „Diese Zahl beruht auf Hochrechnungen, genaue Zahlen sind jedoch nicht ermittelbar. So konnte die ver-



meintlich größte Gruppe dieser Menschen ohne Krankenversicherung, Wohnungslose oder Papierlose, gar nicht bei der Mikrozensus-Erhebung erfasst werden“.

Die Corona-Pandemie habe zudem bei den Selbstständigen die Problematiken rund um die Krankenversicherung verschärft. Glücklicherweise hätten sich für diesen Kreis der Betroffenen bereits Verbesserungen eingestellt; die Mindestbemessungsgrenze für die Beiträge sei halbiert worden, wodurch der monatliche Mindestbeitrag merklich abgesunken sei.



Ute Reimers-Bruns

„So vielschichtig der Kreis der Nicht-Versicherten ist, so breit gefä-

chert ist auch das Angebot von Hilfeleistungen von unterschiedlichen Hilfetragern“, so Reimers-Bruns weiter. „In Bremen gibt es umfangreiche Hilfsangebote und Möglichkeiten für Betroffene. Betroffene können sich an die humanitären Sprechstunden wenden, wie sie etwa das Gesundheitsamt oder die Innere Mission anbieten“.

„Doch mit dem, was wir in Bremen an Hilfsangeboten schon haben, sollten wir uns nicht zufriedengeben“, sagte die Sozialdemokratin abschließend. „Wir schließen uns der Sicht des Senats an, dass trotz der vorhandenen Bremer Angebote weiterhin ein dringender Handlungsbedarf besteht, den Zugang der betroffenen Personengruppen zum gesundheitlichen Versorgungssystem zu ermöglichen oder zumindest zu erleichtern.“

**Große Anfrage: Menschen ohne Krankenversicherung im Land Bremen**  
<http://bit.ly/krankenversicherungHB>

## ANTRAG BESSERE TEILHABE AM ARBEITSMARKT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die rot-grün-rote Koalition will mehr Menschen mit Behinderung eine reguläre Beschäftigung ermöglichen. Die Bürgerschaft hat daher heute einen Antrag beschlossen, der Verschärfungen für Arbeitgeber:innen zum Ziel hat, die die Pflicht, schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, verletzen.

„Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt“, betonte Birgitt Pfeiffer, Sprecherin der SPD-Fraktion für Soziales und Menschen mit Beeinträchtigungen, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft.



Birgitt Pfeiffer

„Sie haben – wie wir alle – ein Recht auf selbstbestimmte Arbeit. Spätestens seit die UN-Behindertenrechtskonvention dies unmissverständlich klargestellt hat, muss das gelten.“

Doch hinke die Erwerbsquote schwerbehinderter Menschen weit hinter der nicht-behinderter Menschen zurück, erklärte die Sozialdemokratin. So lag sie im Mai 2021 bei 57 Prozent – bei Nicht-Behinderten waren es 82 Prozent. Pfeiffer: „Dabei haben wir schon vor vielen Jahren ein Instrument geschaffen, das helfen soll: Alle privaten und öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber sind gesetzlich verpflichtet, schwerbehinderte Arbeitnehmer in einem gewissen Umfang zu beschäftigen.“

Als Grund höre man, dass nicht genug schwerbehinderte Menschen arbeitslos gemeldet seien, um alle Pflichtarbeitsplätze zu besetzen, und passende Bewerber würden oft nicht gefunden, erklärte Pfeiffer, verwies gleichzeitig aber auch darauf, dass die 320.000 Menschen, die in Werkstätten arbeiteten, sowie jene, die sich in Maßnahmen befänden, aufgrund akuter Erkrankungen dem Arbeitsmarkt aktuell nicht zur Verfügung stünden oder schlicht nicht arbeitslos gemeldet seien, hier nicht erfasst würden.

„Da ist noch eine Menge Luft nach oben und es ist Zeit zum Handeln. Der Beschäftigungspflicht von Arbeitgebern muss mehr Nachdruck verliehen werden!“, so Pfeiffer. Sie begrüßte, dass die rot-grün-gelbe Bundesregierung sich darauf verständigt habe, eine vierte Stufe der Ausgleichsabgabe für jene Unternehmen einzuführen, die überhaupt keine Menschen mit Behinderung beschäftigen. Doch reiche dies nicht. Daher setze der heute beschlossene Antrag auf weitere Anpassungen wie etwa eine Prüfung, ob die steuerliche Anrechenbarkeit der Ausgleichsabgabe fallen könne. Einhergehen solle dies mit einer verbesserten Beratung für die Unternehmen.

Pfeiffer abschließend: „Um es auf den Punkt zu bringen: Das Unterstützungssystem für Arbeitgeber wird deutlich ausgebaut, ergänzend braucht es aber auch ein deutlich schärferes Schwert in Sachen Ausgleichsabgabe – um allen Menschen selbstbestimmte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“